doch ist es auffällig, daß man im Auslande immer wieder von der Möglichkeit eines europäischen Krieges spricht. Die jahrelange Wühlarbeit der politischen Brandstifter ist nicht ohne Wirkung geblieben. Wir haben in den letzten Wochen in den Pamphleten des „News Chronicle" einen Generalangriff jener Kriegspartei erlebt, die von unverbesserlichen Deutschenfressern Churchillscher Prägung und moskauhörigen Chauvinisten vom Schlage Pierre Cots angeführt wird. In ihrer Gesellschaft findet man neben der Linksopposition Englands und Frankreichs die Salonbolschewisten und Sozialisten ganz Europas, die es nicht abwarten können, Stalins imperialistische Ziele verwirklicht und die abendländische Kultur vernichtet zu sehen.

Das deutsche Volk, das in den letzten fünfeinhalb Jahren durch den Nationalsozialismus endlich den politischen Anschauungs- und Aufklärungsunterricht erhalten hat, der ihm Jahrhunderte lang fehlte, sieht dem neuen Kriegstreiben gelassen, aber aufmerksam zu. Die autoritär geführten Staaten kennen keine psychologischen Krisen, keine Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition und keine demagogischen Pressekampagnen, wie sie „News Chronicle" soeben vorexerziert hat. Die Außenpolitik Deutschlands und Italiens ist klar in ihren Zielen, elastisch in ihren Methoden und von einer ruhigen Sicherheit, gegen die das aufgeregte Durcheinander der Demokratien nur noch unsicherer wirkt. Daß wir den Krieg nicht wollen, weil wir unsere großen Ziele nur in friedlicher Arbeit erreichen können, wissen alle vernünftigen Leute. Daß auch die maßgebenden Staatsmänner Englands und Frankreichs keinen Krieg wollen, glauben wir. Der Pariser Besuch beunruhigt uns deshalb in keiner Weise. Er könnte sogar für Europa von großem Nutzen sein, nämlich dann, wenn man in diesem Staatsbesuch eine Duplizität mit umgekehrten Vorzeichen sieht. Wohin es führt, wenn die Kriegstreiber in Europa die Oberhand bekommen, hat der Pariser Königsbesuch von 1914 gezeigt, und es kann keine furchtbarere Warnung geben als diese historische Reminiszenz.

„Keinerlei neue Verpflichtungen für England"

Chamberlain über den [illegible] Briefwechsel mit Daladier

London, 18. Juli.

Auf eine Anfrage nach dem Inhalt des Briefwechsels zwischen Chamberlain und dem französischen Premierminister Daladier erklärte Chamberlain im Unterhaus, daß die Briefe privaten Charakters und nicht zur Veröffentlichung bestimmt seien. „Ich kann jedoch", so fuhr er fort, „feststellen, daß das Ergebnis des Briefwechsels darin besteht, daß wieder einmal die enge Uebereinstimmung bezeigt wird, die zwischen den beiden Regierungen in allen Fragen gemeinsamen Interesses besteht." Auf eine Ergänzungsfrage erklärte der Premierminister sodann, daß das, was über den Inhalt des Briefwechsels in der Presse gestanden habe, nicht unbegründet sei. Aber dieses Material stamme nicht von ihm. Auf eine weitere Frage bestätigte Chamberlain sodann ausdrücklich, daß der Briefwechsel keinerlei neue Verpflichtungen für Großbritannien in sich schließe.

Im Anschluß an diese Erklärungen Chamberlains kam es zu einem Frage- und Antwortspiel über die Tschecho-Slowakei. Dabei wollte der konservative Abgeordnete Sir Arnold Wilson aus dem Munde des Premierministers eine Erklärung erhalten, ob eine moralische oder anderweitige Unterstützung der Tschecho-Slowakei im Falle eines Fehlschlages der Verhandlungen mit den Sudetendeutschen in Frage komme. Chamberlain antwortete: „Die Besprechungen zwischen den Parteien sind noch im Gange. Ich ziehe es daher gegenwärtig vor, auf einen erfolgreichen Ausgang dieser Besprechungen zu hoffen, anstatt ihren Fehlschlag im voraus anzunehmen." Der Oppositionsabgeordnete Dalton versuchte dann den Ministerpräsidenten darauf festzulegen, ob für den Fall, daß die tschecho-slowakische Regierung einen vernünftigen und genauen Vorschlag für die Tschecho-Slowakei in ihrem Widerstand gegen „unvernünftige und maßlose Forderungen" unterstützen würde. Chamberlain antwortete hierauf kurz: „Ob diese Forderungen vernünftig oder unvernünftig sind, ist Ansichtssache."

Militärische Begleitung für das Königspaar

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Juli.

Die englische und die französische Presse beschäftigen sich eingehend mit dem bevorstehenden englischen Königsbesuch in Frankreich. In England weist man darauf hin, daß die englischen Monarchen nicht gerade freigebig mit Staatsbesuchen sind, und das wiederum veranlaßt die Franzosen, den Besuch ganz besonders zu feiern. Sonntag und Montag haben schon zahlreiche Pariser und Fremde die Einzugsstraßen besichtigt und sind an den Glaskästen vorbeidefiliert, in denen die beiden französischen Puppen France und Marianne ausgestellt waren, die den Prinzessinnen Margrit und Elisabeth überreicht werden sollen.

Auf der Ueberfahrt nach Frankreich werden das englische Königspaar 9 Zerstörer und 18 Flugzeuge begleiten. Teile der französischen Flotte werden den Gästen auf halbem Wege entgegenfahren und ihnen den ersten Gruß Frankreichs entbieten. Im Hafen von Boulogne, wo die ersten Engländer im Weltkrieg französischen Boden betraten, hat Frankreich für den englischen Königsbesuch eine Statue „Britannia" errichten lassen, die in dem Augenblick enthüllt wird, in dem das englische Königspaar in den Hafen einfährt.

Uebrigens ist eine Tatsache bemerkenswert, die gleichzeitig in der französischen Presse veröffentlicht wird. Die 9 Zerstörer, die die Jacht begleiten, heißen „Escort", „Express", „Exmouth", „Espade", „Ecliptse", „Echo", „Electra", „Est" und „Escounter". Sie beginnen also alle mit dem Buchstaben „E". Die königliche Jacht trägt den Namen „Enchantress". Die gesamten Fahrzeuge tragen also den ersten Buchstaben des Namens der Königin Elisabeth.

Hochbetrieb bei Bonnet

Paris, 18. Juli.

Der französische Außenminister Bonnet hatte am Montag eine Reihe wichtiger Besprechungen mit den Vertretern verschiedener Mächte. In gutunterrichteten politischen Kreisen stellt man besonders die Unterredung mit dem tschecho-slowakischen Gesandten in den Vordergrund. Bonnet hatte ferner eine Unterredung mit dem englischen Botschafter, mit dem er ein zusätzliches Wirtschaftsabkommen in Zusammenhang mit der Abschaffung der Kapitulationen in Marokko unterzeichnete. Auch der amerikanische Botschafter stattete dem französischen Außenminister einen Besuch ab, um sich über die allgemeine europäische Lage, insbesondere hinsichtlich der tschecho-slowakischen Frage, zu unterrichten.

Parade der Marine-SA vor General Russo

Kiel, 18. Juli.

Nach der Landung in Kiel-Holtenau fuhren General Russo und Stabschef Luze nach Schilksee und gingen dort an Bord der SA-Gruppenboote der Nordmark, um den Vorführungen der Marine-SA beizuwohnen. Die Uebungen der Marine-SA, deren Gruppenboot „Nordmark" mit General Russo und Stabschef Luze an Bord die italienische Flagge im Topp führte, gaben ein eindrucksvolles Bild von den Leistungen der Marine-SA.

Nach Beendigung der Uebungen fuhren die Gäste nach Laboe zum Ehrenmal. Vor dem Denkmal war eine Abordnung der Kriegsmarine angetreten. Hier begrüßte der Kommandant der Befestigungen der westlichen Ostsee, Konteradmiral Mewis, den Gast. Nach dem Abschreiten der Front der Ehrenkompagnie betraten die Gäste die Weihehalle, wo General Russo einen Lorbeerkranz niederlegte.

Von Laboe aus ging die Fahrt wieder auf die Kieler Förde, wo General Russo die Parade der Kutter der SA-Marine-Standarte 44 abnahm. Schnurgerade und in Kiellinie ausgerichtet fuhren die Boote vorbei. General Russo begab sich dann mit Stabschef Luze an Land und stattete dem Gauleiter Lohse sowie dem Kommandierenden Admiral der Marinestation der Ostsee einen Besuch ab. Anschließend fand eine Besichtigung der SA-Marineschule statt, die das größte Interesse bei den italienischen Gästen fand. Es folgte der Abflug nach Husum, wo Teichschutzarbeiten der Pionier-Standarte 84 Zeugnis von der vielfältigen Ausbildung der SA in der Nordmark ablegten.

Ungarn baut auf die Achse Berlin—Rom

Der ungarische Staatsbesuch in Italien – Trinksprüche Mussolinis und Imredys

Rom, 18. Juli.

Mussolini veranstaltete am Montag zu Ehren des in Rom zum Staatsbesuch weilenden ungarischen Ministerpräsidenten Imredy im Palazzo Venezia ein Essen, an dem die Spitzen von Staat, Partei und Wehrmacht teilnahmen. Während des Essens richtete der Duce an den ungarischen Ministerpräsidenten einen Trinkspruch, in dem es u. a. heißt:

„Vielfältige grundlegende politische und wirtschaftliche Interessen sowie das Ziel eines höheren Ideals des Friedens und der Gerechtigkeit bilden die Basis der italienisch-ungarischen Beziehungen. Besonders im Donauraum, der aus natürlichen Gründen Italien und Ungarn direkt interessiert, stimmen sie in einer Politik der Zusammenarbeit überein, die sich nicht abschließt und noch weniger gegen andere gerichtet ist, sondern allen offen steht, die, wie wir, auf eine Aktion der Ordnung und des Wiederaufbaues abzielen. Dieser Politik leisten im allgemeinen Interesse der Wirklichkeitssinn und der Friedenswille, die die Achse Rom—Berlin und unser aufrichtiges Einvernehmen mit Jugoslawien bestimmen, einen wertvollen Beitrag.

Der ungarische Ministerpräsident Imredy antwortete u. a. wie folgt:

Die festen Bande, die seit langen Zeiten uns mit Italien verbinden wie auch die traditionelle und aufrichtige Freundschaft, die auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich, das unser Nachbar geworden ist, besteht, das heißt, unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Achse Rom—Berlin, erfüllen uns mit der Hoffnung, daß unsere Bemühungen zur Verwirklichung eines dauerhaften und gerechten Friedens ihre Früchte tragen und die friedliche Entwicklung des Kontinents auf festere Grundlagen stellen werden.

Neuer japanischer Protest in Moskau

Tokio, 18. Juli.

Der japanische Botschafter in Sowjetrußland, Schigemitsu, ist von einer Europareise nach Moskau zurückgekehrt, um die Verhandlungen wegen des Zwischenfalles von Hunschun zu führen. Die japanische Regierung hat jetzt ihren Protest in Moskau erneuert, wobei sie die Behauptung des stellvertretenden sowjetrussischen Außenkommissars, Stomonjakow, das umstrittene Gelände sei Sowjetgebiet, erneut zurückwies. Der sowjetrussische Generalkonsul in Charbin ist, vermutlich im Zusammenhang mit dem Zwischenfall, nach Moskau beordert worden.

Grundlage Spaniens: Disziplin, Sittlichkeit und Arbeit

Eine Abrechnung Francos am Jahrestag der nationalen Erhebung

Valladolid, 18. Juli.

Auf dem San-Isidro-Feld fand am Montag anläßlich des Tages der nationalen Erhebung eine gewaltige Kundgebung statt. Im Verlauf der Kundgebung nahm auch der Generalissimus und Führer des nationalen Spaniens, General Franco, das Wort. Die nationale Erhebung, so führte General Franco aus, bedeutet nicht nur einen Wendepunkt in der spanischen Geschichte, sie leitet darüber hinaus eine neue Epoche in der Weltgeschichte ein. Die Erhebung des nationalen Spaniens ist ein Teil des Weltkampfes gegen den Bolschewismus.

General Franco schilderte dann die bewaffnete Einmischung Sowjetrußlands, die im ersten Augenblick der nationalen Erhebung einsetzte, an die Entsendung sowjetrussischer Spezialisten, militärischer Berater und Agitatoren. Als die Lieferung von Kriegsmaterial noch nicht genügte, begann die Komintern, internationale Abenteurer und Verbrecher zu mobilisieren. Franco gedachte der Opfer der roten Tscheka, der nach einwandfreien Angaben allein in Madrid 70 000 Menschen, in Valencia 20 000 und in Barcelona rund 45 000 Spanier jeden Alters zum Opfer fielen. Verantwortlich für die grauenhaften Verbrechen und Morde sei allein die Komintern.

Gegenüber der roten Lügenhetze, daß die nationale Erhebung eine Invasion fremder Mächte in Spanien sei, stellte General Franco fest, daß der Krieg die Abwehr gegen jene Einmischung bedeute, die über die französisch-katalanische Grenze in das Land komme. Der Stabschef deckte jene bolschewistischen Machenschaften auf, mit denen versucht werde, die Ordnung im nationalen Spanien zu unterhöhlen. Hierzu gehöre die Entsendung getarnter Agenten, die versuchten, in entscheidende Aemter und Staatsstellen einzudringen.

Mit Nachdruck erklärte er, daß die national-syndikale Bewegung reinster Ausdruck des spanischen Wollens und der spanischen Tradition sei. Die neue Regierung sei eine geschichtliche Notwendigkeit. Mit Hilfe der Partei werde der Klassenkampf für immer aus spanischem Gebiet verbannt. Die irrigen Anschauungen des Liberalismus seien endgültig überwunden und würden nicht mehr geduldet. Das neue Spanien gründe sich auf Disziplin, Sittlichkeit und Arbeit.

Dimitroff hetzt weiter

Moskau, 18. Juli.

Der 2. Jahrestag des spanischen Bürgerkrieges wird in der Moskauer Presse mit einer förmlichen Flut von Artikeln, Proklamationen und Erklärungen begangen, worin ausdrücklich verkündet wird, „die Kraft Rotspaniens sei noch nicht gebrochen, und der endgültige Sieg müsse der Volksfront zufallen". Es melden sich auch bekannte rotspanische Bolschewisten, wie der „Ministerpräsident" Negrin, der „Generalkommissar der rotspanischen Armee", Ernandez, und die berüchtigte Dolores Ibarruri zu Wort, um der Sowjetunion ihre „Brüdergrüße" zu entbieten. Ohne die „großzügige Hilfe des Sowjetvolkes", so heißt es ganz offen in der Erklärung der Ibarruri, „wäre Rotspanien längst erdrückt worden". Der Leitartikel der „Prawda" versichert das rote Spanien erneut der Sympathien der Sowjetunion und appelliert an die „Solidarität des internationalen Proletariats" zur Unterstützung der spanischen Volksfront.

In einem weiteren Leitartikel, der in der „Prawda" eine volle Seite einnimmt, nimmt der Kominternhäuptling Dimitroff zur Lage in Spanien Stellung. Seine Ausführungen haben insofern besondere Bedeutung, als dadurch bewiesen wird, daß der Leiter der Komintern trotz entgegengesetzter Gerüchte, die in letzter Zeit aufgetaucht sind, sein altes Programm der Bekämpfung des Faschismus bis aufs Messer, der Unterstützung der Volksfronten in allen Ländern und mit allen Mitteln sowie der Steigerung der internationalen Agitation des Bolschewismus in der Welt unvermindert weiter verficht.

Telegramm Mussolinis an Franco

Rom, 18. Juli.

Benito Mussolini hat anläßlich des zweiten Jahrestages des Beginns des Freiheitskampfes der spanischen Nation an General Franco ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm neben seinem Gruß und seinen Wünschen auch die Gefühle der Sympathie und Bewunderung des italienischen Volkes zum Ausdruck bringt.

Revolver und Gummiknüppel gegen Sudetendeutsche

Zwischenfall in Eger – Rücksichtsloses Vorgehen der tschechischen Staatspolizei

Prag, 18. Juli.

Wie erst jetzt bekannt wird, kam es am Sonntag in Eger wiederum zu einem Zwischenfall. Der Egerländer Automobilverein in Karlsbad hatte eine Kameradschaftsfahrt nach Franzensbad und Marienbad veranstaltet. Bei schönstem Sommerwetter sammelten sich bei Eger die teilnehmenden Kraftwagen und Motorräder, die dann in einer langen Reihe die Stadt passierten. Namentlich auf dem Marktplatz hatten sich viele Hunderte von Einwohnern aufgestellt, die den durchfahrenden Kraftfahrern herzliche Ovationen bereiteten. Dabei wurde ein Schauspieler des Egerer Stadttheaters, der die Automobilisten durch Zurufe begrüßte, von einem Staatspolizisten verhaftet und abgeführt, was bei der Menge stürmische Pfiffe auslöste. Darauf nahm die Polizei drei weitere Verhaftungen vor und ließ dann in der engen Gasse beim Polizeikommissariat ein Motorrad mit Beiwagen vorrücken. Einer der Polizisten zog einen Revolver und andere gingen mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vor, die schließlich in mustergültiger Disziplin auseinanderging.

Die Slowaken lehnen Flickarbeit ab

Prag, 18. Juli.

Für den 19. Juli sind die Vertreter der Slowakischen Volkspartei vom Ministerpräsidenten Dr. Hodza zu einer Aussprache in das Prager Kolowrat-Palais geladen.

Die der Regierung nahestehenden Kreise hatten sich bemüht, das Ergebnis dieser Unterredung vorwegzunehmen, und behauptet, die Slowakische Volkspartei werde bei dieser Gelegenheit ein Memorandum überreichen, in dem für den Abgeordneten Dr. Tiso der Posten eines Landespräsidenten der Slowakei und für den Landesvertreter Dr. Kovac die Bürgermeisterstelle von Preßburg verlangt werde. Wenn die Regierung diese Wünsche erfülle, werde sich die Slowakische Volkspartei zufriedengeben und von ihren Autonomieforderungen künftig Abstand nehmen.

Der „Slovak", das Hauptblatt der slowakischen Autonomisten, stellt dazu fest: „Die Einladung haben wir angenommen, aber wir werden kein Memorandum überreichen. Unser Memorandum ist in dem Gesetzesantrag über die Autonomie der Slowakei enthalten. Auf diesem bestehen und dessen Verwirklichung fordern wir. Es geht uns grundsätzlich darum, daß wir uns nicht mit irgendwelchen persönlichen Eroberungen zufriedenstellen lassen. Die Vertreter der Slowakischen Volkspartei sind nicht gewillt, sich an die Spitze dieses Regimes zu stellen, um es so zu schützen. Wir sind für die Aenderung des Regimes, für die Gerechtigkeit gegenüber allen Bürgern dieses Staates, und wir glauben, daß es auch auf seiten der Regierung genügend weitblickende Männer gibt, die einsehen, daß die Situation mit einer Flickarbeit nicht gerettet werden kann. Ministerpräsident Dr. Hodza sprach von einem Umbau des Staates. Wir fordern, daß man in dieser Richtung fortfahre und das mit vollkommenem Ernst und gutem Willen. Im entgegengesetzten Falle könnten große Komplikationen entstehen, die weder unser Staat noch Europa brauchen kann."

Reichswirtschaftsminister Walter Funk traf am Montag zu einem Besuch des Reichsstatthalters und Gauleiters Robert Wagner in Karlsruhe ein.

Grenzabkommen der Chaco-Konferenz angenommen. Die Regierungen von Bolivien und Paraguay nahmen das auf der Chaco-Konferenz getroffene Abkommen über das Schiedsgericht für die Chaco-Grenzziehung an.

Reine Kleider! ... dann Fleck-Fips